

# Zivilgesellschaftliche Organisationen - Unkonventionelle Akteure im Prozess der Radikalisierung

*Professor Gerald M. Steinberg und Olga Deutsch<sup>1</sup>*

In den anhaltenden Versuchen, die komplexe Palette von Faktoren, die zum Anstieg des Terrorismus beitragen, zu erfassen und zu verstehen, ist der Begriff der "Radikalisierung" nach dem 11. September zu einem verallgemeinerten Schlagwort geworden. Er soll den Prozess bezeichnen, bei dem sich Einzelpersonen oder Gruppen dafür entscheiden sich dem Terror zuzuwenden.

Dementsprechend ist es nicht überraschend, dass es keine Definition des Radikalisierungsbegriffes gibt, genau wie es beim Begriff Terrorismus der Fall ist. Wie die Expertengruppe der Europäischen Kommission zu gewalttätiger Radikalisierung im Jahr 2008 feststellte, "werden die Begriffe "Radikalisierung" und "gewalttätige Radikalisierung" in der Literatur der Sozial- und Geisteswissenschaften nicht einheitlich verwendet." Wie es im Folgenden in dieser Arbeit vermerkt ist, bemerken einige Wissenschaftler, dass eine solche Tätigkeit „konkretes gewalttätiges Verhalten beinhaltet, während Andere die Anwesenheit bestimmter Ideen und Überzeugungen die Gewalt zulassen oder rechtfertigen, als Indikator gewalttätiger Radikalisierung ansehen.“<sup>2</sup>

Trotz dieses Mangels an Konsens scheint es allgemein akzeptiert zu sein, dass die Zivilgesellschaft eine Schlüsselrolle bei der Bekämpfung der Radikalisierung spielen kann und sollte. Während andere Akteure - wie Religionsgemeinschaften, Regierungen und Medien - als potenzielle Akteure sowohl der Radikalisierung als auch der Deradikalisierung wahrgenommen werden, scheint dies nicht für die Zivilgesellschaft zu gelten, die überwiegend als vermittelnde Kraft angesehen wird.

Die vorliegende Arbeit untersucht die Möglichkeiten, inwieweit lokale<sup>3</sup> (im Unterschied zu globalen) zivilgesellschaftliche Organisationen als ausgesprochen einflussreiche Akteure dazu beitragen können, radikalisierte Narrative zu verbreiten und zu legitimieren, insbesondere im Zusammenhang mit der Bereitstellung von Entwicklungshilfe. Wir weisen darauf hin, dass politische Entscheidungsträger und die internationale Gemeinschaft, angesichts des Mangels einer sorgfältigen und eingehenden Analyse dieses Aspekts, bestimmte zivilgesellschaftliche Organisationen als ein erhebliches Hindernis für die Deradikalisierungsbestrebungen übersehen werden. In den ersten Abschnitten wird ein kurzer theoretischer Hintergrund zur Radikalisierung

---

<sup>1</sup> Die vorliegende Arbeit basiert auf einem Vortrag, welcher bei der 18. Gipfelkonferenz zur Bekämpfung des Terrorismus, des Internationalen Instituts für Terrorismusbekämpfung am 3-6 September 2018 präsentiert wurde. Wir bedanken uns bei Tamar Kogman für ihre Unterstützung bei der Recherche.

<sup>2</sup> Rogelio Alonso et al (15.05.2008): Radicalization Processes Leading to Acts of Terrorism. A concise Report prepared by the European Commission's Expert Group on Violent Radicalization, <https://biblio.ugent.be/publication/446365/file/6814706> (14.11.2018)

<sup>3</sup> Gerald M. Steinberg, Israel Studies, in Druck

und insbesondere zur potenziellen Rolle der Zivilgesellschaft gegeben. Die folgende Analyse liefert Beispiele für die Radikalisierung in drei verschiedenen Entwicklungshilfekontexten und veranschaulicht mögliche Szenarien. Das Papier stützt sich maßgeblich auf Untersuchungen, die von der NGO Monitor im Zusammenhang mit dem arabisch-israelischen Konflikt durchgeführt wurden. Zusätzliche Fallstudien veranschaulichen, dass dieser Prozess nicht spezifisch für einen Konflikt ist, sondern eher auf strukturelle Probleme in der Entwicklungshilfe im Allgemeinen hinweist, und dies sowohl auf regionaler als auch auf politischer Ebene.

## **Radikalismus und Radikalisierung**

Der Begriff "radikal" hat je nach Kontext unterschiedliche Bedeutungen, wird aber fast immer einem wahrgenommenen Mainstream gegenübergestellt. Nach der Definition von Schmid befürwortet der Radikalismus "einen umfassenden politischen Wandel, der auf der Überzeugung beruht, dass der Status Quo nicht akzeptabel ist".<sup>4</sup> Die Mittel, die diesen Wandel bewirken, können entweder "gewaltfrei und demokratisch (durch Überzeugung und Reform) oder gewalttätig und nicht demokratisch (durch Zwang und Revolution) sein."

Um die Unterscheidungen abzugrenzen und einen robusteren analytischen Rahmen zu entwickeln, wurden die Begriffe Radikalismus und Aktivismus gegenübergestellt. So zielen Moskalkenko und McCauley darauf ab, das Verständnis für die politische Mobilisierung zu erweitern, indem sie die Bereitschaft zu rechtlichen und gewaltfreien politischen Aktionen (Aktivismus) sowie die Bereitschaft zu illegalen und gewalttätigen politischen Aktionen (Radikalismus) messen.<sup>5</sup> Diese Unterscheidung stellt die anschließende Ausführung der Aktion in den Vordergrund, statt Ideen und Ideologien, die sie leiten, eine Bedeutung einzuräumen, was darauf hindeutet, dass Aktivismus für politische Ziele, die denen terroristischer Organisationen ähneln, „eher ein Konkurrent als ein Förderband sein kann“. Wie im Folgenden dargestellt ist, können Verweigerungs- und diskriminierende Weltanschauungen schrittweise legitimiert und propagiert werden, indem "aktivistische" und "gewaltfreie" Taktiken angewandt werden, insbesondere in einem turbulenten politischen Umfeld. Dies wandelt nicht automatisch einzelne Aktivisten in Terroristen um. Vielmehr kann Aktivismus in diesem Zusammenhang den Terrorismus ergänzen, den intellektuellen Rahmen schaffen und die allgemeine politische Erzählung artikulieren, der er dient. Wie einige Beispiele in dieser Arbeit zeigen werden, wird Aktivismus von den Befürwortern selbst oft auf diese Weise verstanden.

Es ist daher wichtig, den Radikalismus nicht auf eine statische Dimension zu beschränken, sondern das Problem durch einen dynamischen Prozess anzugehen, bei dem „in einer Situation politischer Polarisierung reguläre Dialogpraktiken, Kompromisse und Toleranz zwischen politischen Akteuren und Gruppen mit unterschiedlichen Interessen von einer oder beiden Seiten in einer Konfliktdynamik zugunsten eines wachsenden Engagements in konfrontativen

---

<sup>4</sup> Alex. P. Schmid (2013): Radicalization, De-Radicalization, Counter-Radicalization: A Conceptual Discussion and Literature Review, ICCT Research Paper, <https://www.icct.nl/download/file/ICCT-Schmid-Radicalisation-De-Radicalisation-Counter-Radicalisation-March-2013.pdf> (14.11.2018)

<sup>5</sup> Sophia Moskalkenko and Clark McCauley (2010): Measuring Political Mobilization: The Distinction Between Activism and Radicalism, In: *Terrorism and Political Violence* 21, S. 240

Taktiken der Konfliktschürung aufgegeben werden.“<sup>6</sup> Die Positionierung einer Gruppe oder einer Reihe von Ideen im Radikalisierungsprozess gegenüber einer anderen Gruppe, steht im Einklang mit dem Begriff der Polarisierung. In dieser Hinsicht kann der reaktionäre Prozess nicht von breiteren diskursiven und politischen Entwicklungen isoliert betrachtet werden. McCauley und Moskalenko betonen die Wichtigkeit von „Konzentration auf die Dynamiken von Konflikten im Laufe der Zeit“, einschließlich politischer und sozialer Reaktionen auf Terrorismus.<sup>7</sup> Radikalisierung in dieser Hinsicht ist eine Form einer fortgesetzten konzeptuellen Eskalation, die häufig gleichzeitig in mehreren gesellschaftlichen Dimensionen stattfindet.

Um die Radikalisierung als einen breiten und tiefgreifenden Prozess mit komplexen Manifestationen zu verstehen, ist es wichtig, ihn nicht mit Extremismus und/oder Terrorismus zur Vereinfachung zusammenzuführen. Das Verständnis der komplexen Verbindung zwischen Radikalisierung und Terrorismus wird durch das Fehlen einer klaren Definition für "Terrorismus" noch komplizierter. Terrorismus wird zu oft als anti-staatliche politische Gewalt bezeichnet oder als "Widerstand"<sup>8</sup> abgestempelt. Konzeption der Radikalisierung als dynamisch mit vielfältigen Manifestationen kann daher ganzheitlichen Aufschluss über seine Auswirkungen geben - von der Erosion pluralistischer Normen bis hin zum Ausbruch von Gewalt - und den Terrorismus somit in einen breiteren Kontext stellen.

### **Die Rolle der Zivilgesellschaft**

Im Rahmen der Auslandshilfe wird die Unterstützung der Zivilgesellschaft in den Entwicklungsländern häufig als ein wirksames Instrument zur Deradikalisierung wahrgenommen und dargestellt. So argumentieren Savun und Tirone zum Beispiel: "Auslandshilfe, die für eine verantwortungsvolle Staatsführung und Hilfe der Zivilgesellschaft vorgesehen ist, kann den Terrorismus reduzieren, indem die Bürgerrechte und -freiheiten in einem Land verbessert werden, was sowohl die Beteiligung an, als auch die Unterstützung für den Terrorismus beeinflusst."<sup>9</sup>

Das Radicalization Awareness Network (RAN) - ein EU-Programm zur Bekämpfung von Terrorismus und gewalttätigem Extremismus - ist eine wichtige Fallstudie zur Untersuchung der Standardwahrnehmung der Rolle der Zivilgesellschaft im vorliegenden Fall. RAN umfasst ein Programm zur Stärkung der Zivilgesellschaft, um die Ressourcen und Kapazitäten der Zivilgesellschaft zu stärken, um "alternative Narrative bereitzustellen und moderate Stimmen zu teilen"<sup>10</sup>. Das Programm erkennt zwar verschiedene Formen von Extremismus an, unter anderem auch bei Umweltschützern und/oder Tierschutzaktivisten, jedoch nicht die Tatsache,

---

<sup>6</sup> Alex. P. Schmid (2013)

<sup>7</sup> Clark McCauley and Sophia Moskalenko (2011): *How Radicalization Happens to Them and Us*, Oxford University Press, S. 223

<sup>8</sup> Alex. P. Schmid (2013)

<sup>9</sup> Burcu Savun and Daniel C. Tirone (2018): *Foreign Aid as a Counterterrorism Tool: More Liberty, Less Terror?*, In: *Journal of Conflict Resolution*, 62/8, S. 1607-1635

<sup>10</sup> EU Internet Forum: *Civil Society Empowerment Program*, Europäische Kommission, [https://ec.europa.eu/home-affairs/what-we-do/networks/radicalisation\\_awareness\\_network/civil-society-empowerment-programme\\_en](https://ec.europa.eu/home-affairs/what-we-do/networks/radicalisation_awareness_network/civil-society-empowerment-programme_en) (14.11.2018)

dass zivilgesellschaftliche Rahmenbedingungen selbst als Plattform für die Verbreitung extremistischer Überzeugungen genutzt werden können und werden, wie nachstehend beschrieben.

Einige Forscher, wie Bail, hinterfragen diese vorherrschende Sichtweise und stellen die Frage in Zweifel, "ob Organisationen der Zivilgesellschaft durch den Einsatz von Mainstream-Diskursen kulturellen Wandel bewirken oder ob sie aufgrund ihres Erfolges ein Teil des Mainstream werden".<sup>11</sup> Soweit letzteres der Fall ist, so sind zivilgesellschaftliche Organisationen in einigen Fällen von den positiven Bemühungen der Deradikalisierung weiter entfernt, als es angenommen wird.

Zum Beispiel beschreibt Bail einen "Randeffekt" ("fringe effect"), durch den "verärgerte und ängstliche Randorganisationen nicht nur den Mediendiskurs über Moslems nach den Anschlägen vom 11. September stark beeinflussten, sondern letztendlich zu einigen der einflussreichsten Mainstream-Gruppen in den USA wurden." Bail führt diesen Effekt auf eine unverhältnismäßige Berichterstattung in den Medien und die daraus resultierende Schaffung sozialer Netzwerke zurück, die zusammen die "Konturen des diskursiven Feldes" neu definieren. In dieser Hinsicht ist die radikalisierte Wirkung solcher zivilgesellschaftlichen Organisationen doppelt - sie dienen als Vehikel für extreme Agenden beim aufnahmebereiten Publikum, während der breitere Diskurs verschoben und seine legitimen Grenzen neu definiert werden.

Darüber hinaus löst dieser Prozess der Radikalisierung und „Überwindung von Grenzen“ durch zivilgesellschaftliche Organisationen häufig Reaktionen von gegenüberliegenden Randgruppen aus. Das Ergebnis ist nicht die Ausweitung des Diskurses, sondern ein reaktionärer Austausch zwischen polarisierten Extremen, der den Raum für zivile, evidenzbasierte Diskussionen verringert und ideologische Echokammern verstärkt.

In diesem Forschungsartikel konzentrieren wir uns auf die spezifischen Themen, die sich auf zivilgesellschaftliche Organisationen beziehen, die in der internationalen Politik tätig sind, einschließlich Entwicklungshilfe, Menschenrechte und internationales Recht. Viele zivilgesellschaftliche Organisationen und Geldgeber verknüpfen die drei Themen miteinander und behaupten, dass um den Erfolg der Entwicklungshilfe inmitten eines Konflikts sicherzustellen, man sich erstmal mit Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen das Völkerrecht befassen müsste. In diesem Sinne wird den lokal tätigen Organisationen der Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle zugewiesen, sowohl bei der Verbreitung dieser Werte, aber auch bei der Bestimmung des Diskurses.

Wie im Weiteren dargestellt wird, werden radikalisierte und gewalttätige Narrative in diesen Kontexten häufig zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen verbreitet und stehen im Einklang mit historischen und geopolitischen Empfindlichkeiten. Das Ergebnis ist, dass radikalisierte Ansichten oft in den Ländern, in denen sie tätig sind, mithilfe von Auslandshilfe

---

<sup>11</sup> Christopher A. Bail (2012): The Fringe Effect: Civil Society Organizations and the Evolution of Media Discourse about Islam since the September 11th Attacks, In: American Sociological Review, 77/6, S. 885

und Finanzierungsinstrumente für Menschenrechte, aber auch in Geberländern durch die Verbreitung unkritischer oder voreingenommener Narrative gefördert werden. Die Unterstützung von Randgruppen führt auch zu einem zunehmend monolithischen Diskurs, der verschiedene Formen von Gewalt, Diskriminierung und Dämonisierung durch verschiedene Akteure des politischen Spektrums legitimiert und letztlich ermöglicht.

### **Internationalisierung des Widerstandes - Untersuchung regionaler spanischer Förderprogramme**

Aus verschiedenen historischen und politischen Gründen betreiben verschiedene Regionen Spaniens ihre eigene Außenpolitik, indem sie radikale zivilgesellschaftliche Organisationen in einer Reihe von Konfliktgebieten außerhalb Europas befürworten und finanziell unterstützen. Einigen Analysten zufolge nutzen regionale Politiker die Entwicklungszusammenarbeit als Mittel, um Unterstützung für ihre eigenen Agenden zu erhalten und radikale Narrative an anderer Stelle zu verstärken.

Unterstützt werden beispielsweise linksextreme Sezessionisten in den baskischen Regionen, einschließlich der autonomen Gemeinschaft Navarra, indem sie das fördern, was sie als Solidarität mit anderen links-nationalistischen Bewegungen weltweit bezeichnen. Der baskische Separatisten-Politiker Arnaldo Otegi, ein verurteiltes ETA-Mitglied (Euskadi Ta Askatasuna), erklärte: „Wir haben die Bedeutung des Internationalismus immer gesehen. Wir haben verstanden, dass der Kampf global sein muss.“<sup>12</sup>

Ein starkes Beispiel für die Rand-Narrative, die sich gegenseitig anziehen, findet sich in der baskischen Unabhängigkeitspartei EH Bildu und deren Partnerschaft mit radikalen palästinensischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, wie Addameer und dem Palästinensischen Volkskampfkomitee (Palestinian Popular Struggle Coordination Committee; PPSC).

Im Jahr 2015 forderten Vertreter von EH Bildu die „sofortige Freilassung von Khalida Jarrar“, der als „langjähriger Anwalt der palästinensischen politischen Gefangenen“<sup>13</sup> bezeichnet wurde. Jarrar, damals der stellvertretende Vorsitzende von Addameer, einer palästinensischen NGO, die „Rechtsbeistand politischen Gefangenen bietet“, ist gleichzeitig ein hoher Beamter der Volksfront für die Befreiung Palästinas (Popular Front for the Liberation of Palestine; PFLP)<sup>14</sup>. (Neben den persönlichen Verbindungen von Jarrar und anderen Vertretern beider Organisationen, ist Addameer als Organisation direkt mit der PFLP verbunden). Jarrar wurde im April 2015 wegen einer Reihe von Straftaten angeklagt, darunter einer aktiven Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation (PFLP) und der Anstiftung zu Gewalt durch einen Aufruf,

---

<sup>12</sup> Denis Rogatyuk (27.01.2017): Basque Country: 'We have always believed in internationalism', In: Green Left Weekly, <https://www.greenleft.org.au/content/basque-country-%E2%80%98we-have-always-believed-internationalism%E2%80%99> (14.11.2018)

<sup>13</sup> PFLP (5.06.2013): Jarrar: On the 46th anniversary of the Nakbah, the way forward is unity and resistance, In: PFLP Website, <http://pflp.ps/english/2013/06/05/jarrar-on-the-66th-anniversary-of-the-naksah-the-way-forward-is-unity-and-resistance/> (14.11.2018)

<sup>14</sup> ebd.

israelische Soldaten zu kidnappen. Jarrar ließ sich auf einen Handel ein und wurde Berichten zufolge wegen "einer Anklage wegen Zugehörigkeit zu einer illegalen Organisation und einer anderen Anklage wegen Anstiftung zur Gewalt" verurteilt.<sup>15</sup>

In einem anderen Fall unterzeichnete die baskische Agentur für Entwicklungszusammenarbeit (Basque Agency for Development Cooperation; AVCD) im Mai 2016 eine Vereinbarung mit Addameer, um „palästinensische Gefangene zu unterstützen“ und gab für diesen Zweck 199.988 €. <sup>16</sup> Parallel dazu arbeitete Addameer auch eng mit der baskischen NGO SoDePaz zusammen. Zu diesem Zweck erhielt SoDePaz in den Jahren 2015-2017 von der autonomen Gemeinschaft Navarra 322.404 € an Entwicklungsgeldern.<sup>17</sup>

Addameer in Spanien und seine Resonanz bei regionalen Akteuren und ihren politischen Agenden spiegeln die Fähigkeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen wider, die extreme Ideologien und den historischen Revisionismus zu fördern, um europäische Verbündete auszumachen und zu beeinflussen. Der Direktor von Addameer, Sahar Francis, sprach 2017 auf einer Veranstaltung des Europäischen Parlaments, die von der spanischen NGO Unadikum, einer in Malaga ansässigen pro-palästinensischen NGO, organisiert wurde, die von mindestens zwei spanischen Gemeinden (Rivas Vaciamadrid und Petrer) unterstützt wird. Sahar Francis wurde in der Veranstaltung unter dem Titel „Vorstandsvorsitzender von Addameer. Anwältin von Khalida Jarrar“ vorgestellt. Leila Khaled, eine PFLP-Terroristin, die für ihre Teilnahme an spektakulären Flugzeugentführungen in den 70er Jahren bekannt ist, sprach ebenfalls bei der Veranstaltung.<sup>18</sup> Während ihres Gesprächs erklärte sie, dass "das, was während des Holocaust in Auschwitz passiert ist, auch ein Holocaust ist, der mit dem ähnelt, was heute in Gaza geschieht", und fügte hinzu: "Es kann keinen Frieden geben, solange es auf dem palästinensischen Gebiet noch einen einzigen Zionisten gibt." Zu einem Terroranschlag, der am selben Tag ausgeführt wurde, bei dem drei israelische Sicherheitskräfte getötet wurden und auch der Angreifer starb, sagte Khaled: „Heute hatten wir einen Märtyrer. Heute haben die zionistischen Streitkräfte auf sie geschossen und wir hatten einen Märtyrer. Und wir möchten, dass sich die zionistischen Kräfte bedroht fühlen.“ Sahar Francis sagte, es sei eine Ehre für sie „zwischen Ahd [Tamimi]<sup>19</sup> und Leila, der älteren und der jüngeren Generation zu sitzen... Dies sind Generationen, die gekämpft haben und weiterhin kämpfen werden.“<sup>20</sup>

---

<sup>15</sup> Jack Khoury (7.12.2015): Military Court Hands Palestinian Lawmaker Khalida Jarrar 15-month Jail Sentence, In: Haaretz (Israel), <https://www.haaretz.com/israel-news/palestinian-mp-khalida-jarrar-gets-15-months-in-jail-1.5432851> (14.11.2018)

<sup>16</sup> Otras Disposiciones (27.05.2016): Basque Government, In: Boletín oficial del país vasco, Resolución 33/2016, <https://www.euskadi.eus/y22-bopv/es/bopv2/datos/2016/05/1602270a.pdf> (14.11.2018)

<sup>17</sup> Projects for the country: Palestinian Territories, In: Navarra.es, [http://www.navarra.es/home\\_es/Temas/Asuntos+sociales/Cooperacion/Buscador+de+proyectos/?idp=410#res](http://www.navarra.es/home_es/Temas/Asuntos+sociales/Cooperacion/Buscador+de+proyectos/?idp=410#res) (14.11.2018)

<sup>18</sup> Olga Deutsch (26.09.2017): Letter to MEPs Concerning PFLP Event at the European Parliament, <https://www.ngo-monitor.org/27006/> (14.11.2018)

<sup>19</sup> Zusätzlich zur Anstiftung zum Terror, hat Ahd Tamimi durch wiederholte und inszenierte Konfrontationen mit Israelis Bekanntheit erlangt, einschließlich eines Vorfalls, bei dem sie einen israelischen Soldaten ohrfeigte. Daraufhin wurde sie festgenommen, vor Gericht gestellt und verurteilt. Details finden Sie hier:



Khaled und ihre zivilgesellschaftliche-Sponsoren (Addameer und Unadikum) liefern ein auffallendes Beispiel für extremistische Befürwortung als Ergänzung zu anderen Formen radikaler politischer Aktionen. Ob ihre Worte in Gewalt umgesetzt werden oder diese inspirieren, die Ideologie, die Khaled vertritt, hinterlässt keinen Mittelweg - „dort kann es kein Frieden sein, solange es auf dem palästinensischen Gebiet nur einen Zionisten gibt.“

In der Tat ist der Aufbau einer kategorialen, nicht verhandelbaren Feindschaft von zentraler Bedeutung für die Radikalisierung und für die Rechtfertigung letztlich gewalttätiger Maßnahmen. Aus diesem Grund ist es oft mit verleumderischen Verzerrungen versehen, die das Image eines absoluten, sogar dämonischen Feindes festigen. Unadikum beschreibt die "Zionistische Einheit, Israel" als das "Hauptinstrument des Imperialismus im Nahen Osten". Die Beschreibung stammt von einem Gedicht des verstorbenen arabisch-israelischen Politikers Tawfiq Ziad, der nach Angaben von Unadikum "bei einem Unfall ums Leben kam (mutmaßlich durch Mossad verursacht)" (Übersetzung des Autors)<sup>21</sup>. Ziad, ein Knesset-Abgeordneter und Bürgermeister von Nazareth, hatte die Regierung von Premierminister Yitzhak Rabin unterstützt und wurde 1994 bei einem Autounfall getötet.<sup>22</sup>

In einem anderen Beispiel sind die palästinensischen Aktivisten Manal Tamimi und Munther Amira, Vorstandsmitglieder des Palästinensischen Volkskampf Komitee (Palestinian Popular Struggle Coordination Committee; PSCC), in der spanischen NGO-Gemeinschaft weit bekannt. Im Januar 2017 wurden die beiden zu einer Veranstaltung zum Thema "Gewaltloser Widerstand und Boykott Israels (BDS) für Menschenrechte" in Madrid eingeladen, die von einer Reihe spanischer NGOs, darunter der baskischen SoDePaz, gesponsert wurde.<sup>23</sup> Zuvor haben Amira und Manal Tamimi auf einer Konferenz in Barcelona gesprochen, die gemeinsam von der Europäischen Union, der katalanischen Agentur für Entwicklungszusammenarbeit und der Stadt Barcelona finanziert wurde. An der Konferenz mit dem Titel „Auf dem Weg zu einem neuen Paradigma, Verhinderung des gewalttätigen Extremismus“ nahmen zwei UN-Organisationen und der katalanische Außenminister Raul Romeva, der damalige katalanische Minister für Auswärtige Angelegenheiten, institutionelle Beziehungen und Transparenz, teil. Sie wurde von

---

<https://www.theguardian.com/world/2018/mar/21/palestinian-ahed-tamimi-accepts-plea-deal-to-serve-eight-months-in-jail> (14.11.2018)

<sup>20</sup> Alberto Hugo Rojas (2017): Conference: the role of women in the Palestinian popular struggle, In: Youtube, <https://www.youtube.com/watch?v=SsOHxuJ7BK4> (14.11.2018)

<sup>21</sup> Unadikum (25.01.2018): Qué significa 'Unadikum', Unadikum Website, <https://asociacionunadikum.org/que-significa-palabra-unadikum/> (14.11.2018); Unadikum (08.2018): Historia de Palestina, In: Unadikum Website, <https://www.asociacionunadikum.org/historia-de-palestina-2/> (14.11.2018)

<sup>22</sup> The Associated Press (6.07.1994): Tawfik Ziad, 65, Mayor of Nazareth, In: The New York Times, <https://www.nytimes.com/1994/07/06/obituaries/tawfik-ziad-65-mayor-of-nazareth.html> (14.11.2018)

<sup>23</sup> O.A. (2017): Casa Arabe canceled the act 'Non-violent resistance and boycott of Israel for human rights,' BDS, <https://boicotisrael.net/bds/casa-arabe-cancela-acto-resistencia-no-violenta-boicot-israel-los-ddhh/> (14.11.2018)

der katalanischen NGO Novact organisiert, die regelmäßig von Entwicklungshilfefonds der Bundesregierung der EU und Spanien unterstützt wird.<sup>24</sup>

Bei einer gewalttätigen Demonstration im Dezember 2016 sagte Amira der israelischen Medienplattform Ynet: „Wir sind hier, um zu protestieren und zu sagen, dass Besatzung und Terror zwei Seiten derselben Medaille sind. Wir möchten der Welt sagen, dass Palästinenser mit organisiertem Terror umgehen müssen. Wir werden uns weiterhin aufrichten, um gegen die Nazi-Okkupation anzukämpfen.“<sup>25</sup> Tamimi hat auf ihrem Twitter-Account Terrorismus, Gewalt und Antisemitismus verbreitet. Im September 2015 twitterte Tamimi: „Vampir-Zionisten feiern ihren Kebore-Tag [Jom Kippur], indem sie palästinensisches Blut trinken. Ja, unser Blut ist rein und lecker, aber am Ende wird es euch töten.“ (Übersetzung des Autors). Im August 2015 twitterte Tamimi: „Ich hasse Israel, ich wünsche mir, dass eine dritte Intifada bald kommen würde, und die Menschen sich erheben werden und all diese zionistischen Siedler überall töten.“ Angelehnt an Khaleds Äußerungen im Europäischen Parlament, twitterte Tamimi im Dezember 2015: „Wir werden weiter Widerstand leisten bis der letzte Zionist entweder getötet wird oder Palästina verlässt.“<sup>26</sup> (Übersetzung des Autors)

Am bemerkenswertesten in diesem Zusammenhang ist, dass Tamimi als Expertin auf einer von der EU geförderten NGO-Konferenz zum Thema "Prävention von gewalttätigem Extremismus" im Rahmen der Entwicklungshilfe neben Regierungsbeamten aufgetreten ist. Dies zeigt die Wirksamkeit einer „Umpackstrategie“, die extremistische Narrative in scheinbare Menschenrechts- und Entwicklungsrhetorik einhüllt. Im Zusammenhang mit regionaler spanischer Auslandshilfe (gleichzeitig ebenfalls von der spanischen Regierung mitfinanziert), wird palästinensisches, spanisches und regionales separatistisches Gedankengut unterstützt und ablehnende, radikale und gewalttätige Ideen verbreitet. Die Rahmenbedingungen der Projekte geführt unter der Entwicklungshilfe und "Prävention von gewalttätigem Extremismus" bieten Befürwortern radikaler Narrative Geld, Legitimität und eine öffentliche Plattform, in der offen extremistische Ideologien als leidenschaftlicher Aktivismus, Gerechtigkeitsfindung oder karitativer Arbeit ausgegeben werden.

### **Radikalisierung weg von Zuhause - Beamte der Deutschen Entwicklungshilfe**

Die deutsche Auslandshilfe ist ein weiteres Beispiel für die Diskrepanz, die zwischen politischen Entscheidungsträgern und der Bereitstellung von Entwicklungshilfe vor Ort entstehen kann, einschließlich der Förderung demokratischer Institutionen und Normen in komplexen geopolitischen Kontexten. Dies ist besonders auffällig in Bezug auf die deutschen Stiftungen, die einen einzigartigen Rahmen im Bereich der zivilgesellschaftlichen Organisationen bilden.

---

<sup>24</sup> NGO Monitor (2017): Spanish Funding to NGOs Active in the Arab-Israeli Conflict," NGO Monitor, [http://www.ngo-monitor.org/nm/wp-content/uploads/2017/05/Spanish-Report-in-English\\_FINAL.pdf](http://www.ngo-monitor.org/nm/wp-content/uploads/2017/05/Spanish-Report-in-English_FINAL.pdf) (14.11.2018)

<sup>25</sup> Elijah Levy, "In the Massacre of the Police: Santa Palestinian confronted the Border Police," YNet(Israel), December 24, 2016: <https://www.ynet.co.il/articles/0,7340,L-4897859,00.html> (14.11.2018)

<sup>26</sup> NGO Monitor (2017): UN Changes Special Rapporteur Lynk's Report Following NGO Monitor Complaint," NGO Monitor, <https://www.ngo-monitor.org/press-releases/un-lynk-report-tamimi-ngo-monitor/> (14.11.2018)



Die Stiftungen werden vom Bundesinnenministerium, dem Auswärtigen Amt (AA) und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in direktem Verhältnis zur Größe der parlamentarischen Vertretung der dazu gehörigen politischen Parteien finanziert. Diese Mittel werden für drei Ziele bereitgestellt: Aufklärung der Öffentlichkeit über demokratische Partizipation, Förderung akademischer Leistungen und Förderung demokratischer Praktiken im Ausland.

Nach Angaben der Bundeszentrale für politische Bildung (BPB) „wurde der Wert der Stiftungen als außenpolitisches Instrument bereits Anfang der 1960er Jahre vom Auswärtigen Amt anerkannt, aber erst in den letzten Jahren nimmt die internationale Arbeit der Stiftungen an Bedeutung zu.“<sup>27</sup> Tatsächlich stellt das BMZ mehr als die Hälfte des derzeitigen Stiftungsbudgets für entwicklungsbezogene Projekte bereit. Jede Stiftung verfügt über Büros und feste Mitarbeiter in vielen verschiedenen Ländern der Welt, in denen sie lokale Institutionen und NGOs unterstützen und mit ihnen zusammenarbeiten. Die Stiftungen sind wichtige Akteure in der zivilgesellschaftlichen Arbeit, für die sie Finanzmittel bereitstellen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, sie in die Analyse der Verbindungen zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Radikalisierung einzubeziehen.

Im Rahmen des arabisch-israelischen Konflikts besteht eine klare Diskrepanz zwischen den von den Stiftungen in Deutschland, Europa oder Israel akzeptierten und geförderten offiziellen Agenden, im Gegensatz zu den in der Westbank und in Gaza geförderten Projekten.

Die Heinrich-Böll-Stiftung (HBS), die der deutschen Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angehört, veranschaulicht diesen Gegensatz zwischen offiziell erklärten Zielen und vor Ort unterstützten Projekten, einschließlich der Radikalisierungsdimension. Am 17. November 2017 berichtete die israelische Zeitung *Makor Rishon* über die Aktivitäten des HBS Ramallah-Büros, als dieses die Konferenz "Die Intifada 1987: Geschichte und Erinnerung" mitfinanzierte. Veranstaltet wurde es als "Erinnerung an den 30. Jahrestag des Ersten palästinensischen Aufstands gegen die Israelische Besatzung." Auf der Konferenz mit Veranstaltungen in Gaza am 24. und 26. November und in Beirut am 28. und 30. November 2017 waren Sprecher geplant, die ehemalige oder derzeitige Mitglieder der Hamas und der PFLP sind. Nach weiterer Medienberichterstattung in Deutschland und erheblichem Druck der Öffentlichkeit zog die HBS ihre Finanzierung für die Konferenz zurück.<sup>28</sup> Kerstin Müller, Direktorin des HBS-Büros in Tel Aviv, erklärte in einer Antwort, dass „die Konferenzen... ohne Wissen der Heinrich-Böll-Stiftung in Israel abgehalten wurden. Das Büro in Israel wird die Details der Veranstaltung prüfen, wobei gleich gesagt werden kann, dass eine Veranstaltung zur Intifada gegen die Position der Stiftung (HBS) in Israel ist.“

---

<sup>27</sup> O.A. (2015): Political foundations, Bundeszentrale für politische Bildung, <http://www.bpb.de/gesellschaft/bildung/politische-bildung/193401/politische-stiftungen?p=all> (14.11.2018)

<sup>28</sup> NGO Monitor (2017): Pressure Works: Heinrich Boell Foundation Withdraws from Conference Featuring Member of Hamas," NGO Monitor, <https://www.ngo-monitor.org/pressure-works-heinrich-boell-foundation-withdraws-conference-featuring-member-hamas/> (14.11.2018)

Die Erklärung von Kerstin Müller unterstreicht den Unterschied zwischen den Stiftungsbüros, die in konfliktreichen Gebieten operieren, und den gegensätzlichen Ansätzen und dem Bewusstsein zum Thema Radikalisierung.

Bei den Aktivitäten der mit der Sozialdemokratischen Partei (SPD) verbundenen Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) scheint diese Spaltung noch tiefer zu gehen. Das israelische Büro der FES arbeitet mit einer Vielzahl von israelischen Partnern zusammen, von denen der Großteil Universitätszentren, Forschungsinstitute sowie sozialdemokratische Bewegungen und Organisationen sind. Das israelische Büro der FES zielt darauf ab, im Zusammenhang mit dem Konflikt "die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Beziehungen zwischen Israel und seinen Nachbarn zu stärken" und "gemeinsam mit unseren israelischen, palästinensischen und europäischen Partnern nachhaltige Lösungen zu entwickeln und zu einer öffentlichen Diskussion beizutragen, die eine Zwei-Staaten-Lösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt unterstützt."<sup>29</sup>

Das palästinensische Büro der FES (Fespal) in Ramallah verfolgt einen völlig anderen Ansatz. Obwohl es keine explizite Aussage zum Konflikt und der Lösung gibt, zeugen die Veröffentlichungen und Kollaborationen von Fespal die Annahme eines deutlich radikaliseren Narrativs. Einer der prominentesten und langjährigen palästinensischen Partner von Fespal ist die Palästinensische Gesellschaft für das Studium internationaler Angelegenheiten (Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs; PASSIA). Die Publikationen von PASSIA sind auf der Fespal-Website zu finden, und die beiden Organisationen veranstalten regelmäßig gemeinsam Veranstaltungen und Konferenzen.<sup>30</sup> Eine von Fespal finanzierte PASSIA-Publikation aus dem Jahr 2015, die vom Gründer und Direktor von PASSIA, Dr. Mahdi Abdul Hadi verfasst wurde, der regelmäßig mit Vertretern von Fespal zusammentrifft, beschreibt eine im Oktober 2015 begonnene Welle von Messeranschlägen und Schießereien als einen „Jugendaufstand“, welcher als „Überleben und Widerstand mit Selbstbewusstsein, Mut und Akzeptanz der Konsequenzen ihrer Aktionen gegen Israelis mit einem Lächeln!“ ausgeführt wird. In derselben Veröffentlichung wird von der „palästinensischen Märtyrerin Baha Eleyan“ gesprochen, die im Oktober 2015 als einer von zwei Terroristen in Jerusalem in einen Bus stieg, mit Gewehr und Messer bewaffnet, und dabei drei Menschen ermordet und Sieben verletzte.<sup>31</sup>

---

<sup>29</sup> FES (o.J.): Peace and Security Dialogue, In: Friedrich Ebert Stiftung Israel Office, <http://www.fes.org.il/peace-security-dialogue> (14.11.2018)

<sup>30</sup> FES (o.J.): Passia, In: Friedrich Ebert Stiftung- Publikationen, <http://fespal.org/category/publications/> (14.11.2018); PASSIA (14.07.2018): 7th Annual Palestinian Diaspora Conference - Panel: 'Countering Negative Practices in Jerusalem and the American Stand on Jerusalem: Local, Regional, and International Responses', In: Passia Website, <http://www.passia.org/meetings/55> (14.11.2018)

<sup>31</sup> Dr.Mahdi Abdul Hadi (2015): Reviewing the Palestinian Political Scene 2015, In: Passia Publications, [http://passia.org/media/filer\\_public/be/1c/be1ca4de-9bd3-41ef-80ea-d549743ada57/passia\\_bulletin-en.pdf](http://passia.org/media/filer_public/be/1c/be1ca4de-9bd3-41ef-80ea-d549743ada57/passia_bulletin-en.pdf) (14.11.2018); Nir Hason (4.07.2016): The homes of two East Jerusalem terrorists who carried out attacks in the city were demolished, In: Haaretz (Israel), <https://www.haaretz.co.il/news/politics/1.2813892> (14.11.2018)

Diese Veröffentlichung steht im Einklang mit der allgemeinen Agenda von PASSIA. In einem anderen Bericht bezieht sich PASSIA auf Lina Jarbuni, die verurteilt wurde, weil sie der Hamas geholfen hat, einen Angriff während der zweiten Intifada durchzuführen, als „derzeit die am längsten inhaftierte palästinensische Gefangene, die seit 2002 eine 17-jährige Haftstrafe wegen „Unterstützung des Feindes“ - palästinensischer Widerstand, abbüßt.“<sup>32</sup>

Die politische Agenda von PASSIA wird durch religiöse Argumente verstärkt, insbesondere durch die vehemente Ablehnung jeglicher historischer jüdischer Verbindungen zu den heiligen Stätten in Jerusalem, wie z. B. die Behauptung, dass "Zionisten keine schriftlichen Beweise für jüdische Ansprüche an die Klagemauer vorlegen könnten."<sup>33</sup> Eine 2016 veröffentlichte Publikation von Hadi wirft Israel vor, "die biblischen Mythen über Palästina, insbesondere in Bezug auf Jerusalem und seine heiligen Stätten, auszubeuten", ein weiterer Bericht aus dem Jahr 2017 über die heiligen Stätten in Jerusalem behauptet außerdem, dass der "Status quo der islamischen und christlichen heiligen Stätten gefährdet wäre", sowie "israelische Versuche, den historischen Narrativ der Stadt und ihrer heiligen Stätten zu verzerren und zu verfälschen."<sup>34</sup> Indem eine religiöse Erklärung in einer bereits toxischen und politisch zu politisierten Narrativ geboten wird, stärkt solche Rhetorik den Konflikt und ermutigt noch mehr Hass.

Neben der engen Zusammenarbeit und der finanziellen Unterstützung von PASSIA setzte Fespal seine langjährige Zusammenarbeit mit einer anderen palästinensischen NGO, dem Frauenausschuss für Technische Angelegenheiten (Women's Affairs Technical Committee; WATC) fort, nachdem sie ein nach der Terroristin Dalal Mughrabi benanntes Jugendzentrum eingeweiht hatten. Mughrabi verübte 1978 ein Massaker, den sogenannten Küstenstraßen-Anschlag, bei dem 38 Zivilisten, darunter 13 Kinder, getötet wurden.<sup>35</sup> Fespal unterhielt die Beziehung trotz der weitverbreiteten Verurteilung des WATC und sogar nach Beendigung der Unterstützung durch weitere Geberländer, darunter Norwegen, Dänemark und die Vereinten Nationen.<sup>36</sup> Neben der Einführung eines „Young Leaders Program“ zusammen mit WATC, veröffentlichte Fespal im Juni 2017, zwei Monate nach der Eröffnung des Jugendzentrums auf seiner Facebook-Seite: „Die jüngeren Gastforscher der FES Palestine und des FES Israel begrüßten sich in ihren jeweiligen Büros für die nächsten zwei Tage... Während ihres Aufenthalts bei FES Palestine gingen sie auf eine Tour durch Ost-Jerusalem, trafen einen

---

<sup>32</sup> NGO Monitor (2017): Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs, February 22, 2017: [https://www.ngo-monitor.org/ngos/palestinian\\_academic\\_society\\_for\\_the\\_study\\_of\\_international\\_affairs\\_passia/](https://www.ngo-monitor.org/ngos/palestinian_academic_society_for_the_study_of_international_affairs_passia/) (14.11.2018)

<sup>33</sup> PASSIA (2015): Al-Aqsa Mosque Compound Targeted Lurking Dangers between Politics and Prophecies, PASSIA, [http://www.passia.org/media/filer\\_public/74/17/7417cc82-d6ae-424e-8ab5-e432fef33873/web\\_aqsamosque\\_targeted6.pdf](http://www.passia.org/media/filer_public/74/17/7417cc82-d6ae-424e-8ab5-e432fef33873/web_aqsamosque_targeted6.pdf) (14.11.2018)

<sup>34</sup> PASSIA (2017): Bab Ar-Rahmeh-A Venue for a Short Historical Review and Portraying The Current Situation 2017, PASSIA, <http://passia.org/publications/277> (14.11.2018)

<sup>35</sup> FESpal (2017): Young Leaders Program 'New Generation' (YLP III)," Friedrich Ebert Stiftung, <http://fespal.org/ylp3-en/> (14.11.2018)

<sup>36</sup> Ebd.

Vertreter des WATC طاقم شؤون المرأة und besuchten das kürzlich eröffnete Yasser Arafat Museum.<sup>37</sup>

Gleichzeitig veranstaltete Fespal eine Reihe von Workshops zusammen mit dem Palästinensischen NGO Netzwerk (Palestinian NGO Network; PNGO), dem auch WATC angehört. Im Juni 2017 gab PNGO eine Erklärung ab, in der es Norwegen verurteilte, weil es die Mittel aus der Finanzierung des Mughrabi-Jugendzentrums zurückgezogen hatte und dabei Mughrabi als die „palästinensische Freiheitskämpferin“ bezeichnet. Seltsamerweise impliziert die PNGO-Erklärung ein gewisses Maß an Eigentumsverhältnis bezüglich der Benennung des Jugendzentrums, vor allem dadurch, dass es die "totale Weigerung bekräftigt, das Märtyrer Dalal Mughrabi Zentrum, welches im Dorf Burqa eröffnet wurde, umzubenennen."<sup>38</sup> All diese Beispiele verdeutlichen, dass die Aktivitäten dieser deutschen politischen Stiftung die Legitimierung der Radikalisierung innerhalb der palästinensischen Zivilgesellschaft bekräftigt.

Über die FES und HBS hinaus, scheint die mit der Die Linke Partei verbundene Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hinausgegangen zu sein, in dem sie eine allgemeine Strategie zur Unterstützung radikaler Narrative im Zusammenhang mit dem arabisch-israelischen Konflikt angenommen hat. In einem von RLS im Dezember 2017 geführten Interview, das prominent auf ihrer Hauptwebsite vorgestellt wurde, schmälert und normalisiert RLS-Vertrauensdozentin Helga Baumgarten, die die palästinensische Terrorwelle in 2015, die Messeranschläge und Schießereien auf Zivilisten in ganz Israel beinhaltete, als „vereinzelte palästinensische Teenager, fast noch Kinder, die in individuellen Handlungen infolge ihrer Verzweiflung über ihre persönlichen Umstände auf Widerstand in Form von Messerangriffen gegen israelische Soldaten und Siedler zurückgegriffen haben.“ bezeichnete. In dem gleichen Interview argumentiert Baumgarten: "eine politische Forderung, die in der palästinensischen Gesellschaft in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewinnt, kann sich zu der einzig logischen politischen Strategie entwickeln: EIN Staat im historischen Palästina."<sup>39</sup> Tsafir Cohen, Chef des RLS-Büros in Israel, erklärte in einem Interview im Juni 2017: „Kolonialisierungsprozesse enden normalerweise im Widerstand der Kolonisierten gegenüber den Kolonisatoren. Wir sehen das jetzt nicht... Die Palästinenser sind nach zwei Aufständen müde.“<sup>40</sup>

Ein RLS-Artikel aus dem Jahr 2014 über die palästinensische Linke mit dem Titel „Widerstand bedeutet Existenz“ artikuliert dieses Konzept von „Widerstand“ und seiner Beziehung zum

---

<sup>37</sup> Friedrich-Ebert-Stiftung Ost-Jerusalem, June 15, 2017, <https://www.facebook.com/fespal.org/posts/10154882200786225> (14.11.2018)

<sup>38</sup> O.A. (o.J.): PNGO Condemns Norway demanding PA return funds for Center Named after Dala Mughrabi," PNGO, <https://web.archive.org/web/20170706100619/http://www.pngo.net/pngo-condemns-norway-demanding-pa-return-funds-for-center-named-after-dalal-mughrabi/> (14.11.2018)

<sup>39</sup> Helga Baumgarten (8.12.2018): Es reicht. Zieht ab. Wir wollen unsere Freiheit., In: Rosa Luxemburg Stiftung, December 8, 2017: <https://www.rosalux.de/news/id/38160/es-reicht-zieht-ab-wir-wollen-unsere-freiheit/> (14.11.2018)

<sup>40</sup> Katja Maurer (28.06.2017): Israel/Palästina. Nicht mehr säkular, In: Medico International, <https://www.medico.de/nicht-mehr-saekular-16798/> (14.11.2018)

Aktivismus. Der Artikel wurde von Katja Hermann verfasst, der damaligen Leiterin des Palästina-Büros der RLS, die später zur Leiterin der Abteilung Nahost /Asien ernannt wurde:

“Aus der Sicht der palästinensischen Linken legitimiert der Kontext der Besatzung das Recht auf Selbstverteidigung und Widerstand, welches ebenfalls den militanten Widerstand gegen Israel als wirksames Mittel im Befreiungskampf beinhaltet. In dieser Hinsicht **wird bewaffneter Kampf nicht als Selbstzweck oder als einzig richtiger Weg verstanden, sondern als eine von vielen Möglichkeiten, die andere Formen des Widerstandes wie den gewaltlosen Protest gegen die Mauer** (Sicherheitsmauer, Anmerkung des Autors), **die Landenteignung oder Boykott ergänzen. Den Aktivisten zufolge**, stärkt der militante Widerstand somit andere Formen des Widerstands, denn noch nie war die Boykottbewegung so stark. Seit der zweiten Intifada (2000-2005) haben noch nie so viele Menschen an Demonstrationen teilgenommen wie an der diesjährigen Eskalation (Gaza-Krieg 2014).“ (Übersetzt durch den Autor, Hervorhebung hinzugefügt).

Interessanterweise scheint die RLS-Rhetorik über den Konflikt und die palästinensische Radikalisierung über die offizielle Politik der Partei Die Linke mit der sie verbunden ist, zu gehen. Offiziell unterstützt die Partei die Zwei-Staaten-Lösung, “verurteilt jeden Einsatz von Gewalt von allen Beteiligten“ und behauptet, dass „eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts nicht mit militärischen Mitteln erreicht werden sollte, sondern nur durch ernsthafte Verhandlungen zwischen allen Beteiligten.“ Die Linke erkennt ferner Deutschlands besondere Verantwortung gegenüber dem jüdischen Leben in Deutschland und dem Staat Israel an.<sup>41</sup> Die widersprüchliche Sprache zeigt, dass die Stiftungen in Zusammenarbeit mit lokalen Gruppen, unabhängig von dem umfassenderen politischen Diskurs, über einen großen Spielraum verfügen, um ihre eigenen Agenden festzulegen. Besonders im Fall der RLS ist solche Rhetorik kein lokales Phänomen, sondern eine weit akzeptierte Haltung, die sich im innenpolitischen Diskurs in Deutschland widerspiegelt und in einem spezifisch deutschen Kontext resoniert.

Ein weiteres Beispiel für die Radikalisierung von Vertretern der Deutscher Auslandshilfe ist die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Eine Reihe von GIZ-Beamten, die für Hilfsprogramme im Nahen Osten zuständig sind, haben in den sozialen Medien äußerst parteiische politische Erklärungen abgegeben (im Gegensatz zur scheinbaren politischen Neutralität, die von Hilfsorganisationen erwartet wird), was im März 2018 zu einem minderen Skandal in Deutschland und Israel führte. Manche dieser Erklärungen unterstützen, stillschweigend oder ausdrücklich, Gewalt oder verbreiteten antisemitische Rhetorik und Bilder.

Einer der GIZ-Mitarbeiter war Henner Kirchner, Leiter eines vom BMZ in Auftrag gegebenen Programms, das die Hochschulbildung für junge Syrer und Jordanier verbessern soll.<sup>42</sup> In Bezug auf die Raketenangriffe der Hamas kommentierte Kirchner auf Facebook: „Jeder, ob

---

<sup>41</sup> Die Linke (o.J.): Nahostkonflikt. Themenpapiere der Fraktion, In: Die Linke, <https://www.linksfraktion.de/themen/a-z/detailansicht/nahostkonflikt/> (14.11.2018)

<sup>42</sup> GIZ (o.J.): Bildung Schafft Perspektiven, In: GIZ, <https://www.giz.de/en/worldwide/37925.html> (14.11.2018)

diktatorisch oder nicht, der unter solchen Bedingungen lebt, hat das Recht sich zu widersetzen. Andererseits gibt es kein Selbstverteidigungsrecht des Besatzers gegenüber den Besetzten.“ Ähnlich, Luke McBain, Leiter des Programms zur “Förderung der Zivilgesellschaft in den palästinensischen Gebieten” der GIZ, und des Programms “Stärkung von Frauen in führenden Positionen in Verwaltung und Zivilgesellschaft im Nahen Osten”, antwortete auf eine Quora-Anfrage bezüglich des Gaza-Krieges in 2014, dass „auf Gewalt zu reagieren, die aus einem von dir besetzten Gebiet stammt, es sich nicht um Selbstverteidigung handelt“<sup>43</sup>. Nach der Medienberichterstattung und der öffentlichen Kritik an diesen Äußerungen wurde MacBains Kommentar von Quora gelöscht.

Während in diesen Kommentaren legalistische Sprache und postkoloniale Rhetorik verwendet werden, verraten sie eine verhüllte Befürwortung für wahllose Gewalt als legitimes Mittel zur Erreichung politischer Ziele und wiederholen das palästinensische Narrativ, das Israel unabhängig vom Kontext als absoluten Aggressor darstellt. Ein anderer GIZ-Mitarbeiter, Mohammed Al-Mutawakel, ehemaliger Projektmanager in Jordanien, der in die GIZ-Zentrale in Deutschland wechselte, ging sogar noch weiter und veröffentlichte ein Bild mit der israelischen Flagge, mit einem Hakenkreuz versehen, sowie eine Karikatur, die Israel als zweiköpfiges Monster darstellt. Im Jahr 2014 postete Al-Mutawakel auf Arabisch, an den Staat Israel adressiert: „Möge der Fluch Allahs auf dir lasten. Deine Tage sind gezählt.“<sup>44</sup>

Diese und andere Fälle, sind keine Beispiele von Personen, die aktiv an Terror beteiligt sind. Sie existieren jedoch in einer polarisierenden Umgebung und spiegeln eine wachsende Toleranz gegenüber Gewalt sowie eine abnehmende Duldung für Dialog und Kompromissbereitschaft wider. Werner Ruf, emeritierter Professor für internationale Beziehungen und Außenpolitik an der Universität Kassel und Mitglied des Runden Tisches für Friedens- und Sicherheitspolitik der RLS, veranschaulicht diese Atmosphäre in der weiteren deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Ruf war Berater für Entwicklungshilfe für die Europäische Kommission, das BMZ, das Auswärtige Amt und die GIZ.<sup>45</sup> In einem Interview mit der russischen staatlichen Nachrichtenagentur Sputnik wies Ruf im Zusammenhang mit den Gaza-Protesten vom Mai 2018 auf eine blutdürstige Verschwörung Israels hin: „Wenn die Berichte stimmen, was die Verwendung von scharfer Munition einer ganz besonderen Art betrifft, die nur dann explodiert, wenn es auf den Körper trifft, was auch eine internationale Untersuchung nach sich ziehen würde, da es sich dabei um eine bewusste Eskalation handeln würde... Was ist dabei die politische Absicht? ... diese ist schwer zu interpretieren. Doch wenn Sie das tun, werden Sie sofort zu einem Verschwörungstheoretiker.“<sup>46</sup>

---

<sup>43</sup> NGO Monitor (2018): German Government's Aid Workers Spread Antisemitism and Anti-Israel Propaganda on Facebook, In: NGO Monitor <https://www.ngo-monitor.org/reports/german-government-aid-workers-spread-antisemitism-and-anti-israel-propaganda/> (14.11.2018)

<sup>44</sup> Ebd.

<sup>45</sup> Werner Ruf (o.J.): Vita, In: Werner Ruf Website, <http://www.werner-ruf.net/vita.html> (14.11.2018)

<sup>46</sup> Tilo Graser (2.03.2018): Expert: The same Islamist gangs are fighting in East Ghuta as in Aleppo, <https://de.sputniknews.com/politik/20180302319773152-ost-ghuta-experte/> (14.11.2018)



## Doppelfassade - "Europäisierung" der lokalen Radikalisierung

Bei der weiteren Analyse weisen palästinensische NGOs, die auf Auslandshilfe angewiesen sind, eine andere Dimension auf, in der lokal radikalisierte Narrative entsprechend den erklärten Werten und Zielen der Geberländer umgestaltet werden, häufig nach thematischen Schwerpunkten wie Gleichstellung der Geschlechter, Jugendarbeit oder Bildung.<sup>47</sup> Der 2008 erarbeitete palästinensische NGO-Verhaltenskodex schreibt vor, dass NGOs „sich der nationalen Agenda der Geberländer anpassen müssen, ohne in Normalisierungsaktivitäten mit dem Besatzer verwickelt zu sein, weder auf politischer noch auf kultureller oder entwicklungspolitischer Ebene“, dabei werden jegliche rechtliche und humanitäre Bedenken auf eine nationalistische politische Agenda verwiesen.

Auffallend ist dies bei der Nutzung von aus den EU-Mitteln finanzierten Kulturprogrammen zur Verbreitung von ablehnenden und gewalttätigen Ideologien, oft mit Kindern und Jugendlichen als Zielgruppe. Diese Aktivitäten werden häufig als eine Form des "kulturellen Widerstands" bezeichnet und sind nicht als gewaltfreie Alternative gedacht, sondern als ein "Instrument im Befreiungskampf". Wie von einer Gruppe beschrieben, wird "kultureller Widerstand" nicht als "Ersatz für andere Formen des Widerstandes" definiert, sondern als "eine Ergänzung. Verschiedene Formen des Widerstands können als ein großes Mosaik beschrieben werden, in dem jeder Stein eine andere Form darstellt."<sup>48</sup> Dies zeigt erneut, dass der politische Aktivismus andere Maßnahmen, einschließlich des Terrorismus, als Komplementär darstellt.

Das Popular Art Center (PAC), eine kunstorientierte NGO, die Teil eines EU-finanzierten Programms "Kulturelle Diplomatie" war, welche die "Grundwerte der EU" fördern sollte, organisierte ein Kinderfestival im April 2017 zum Thema "der 30-jährige palästinensische Aufstand." Eine von PAC veröffentlichte Choreografie hatte den Titel „Lieder der Intifada“. Eine andere trug den Titel „Bruder, richte die Waffe auf“. Im Februar 2016 veranstaltete PAC eine Zeremonie zu Ehren von „palästinensischen Märtyrern“, deren Häuser abgerissen wurden, mit dem „Vater des Märtyrers Baha Eleyan“ als Redner (weitere Informationen zu Eleyan siehe vorherigen Abschnitt). Die gleiche Zeremonie beinhaltete eine musikalische Darbietung mit dem Titel "Nein, zur Niederlegung der Waffen" (ebd.).

Die palästinensische Frauenorganisation hat sich ebenfalls als Instrument für abweisende und extremistische Agenden erwiesen, häufig zulasten der Gleichstellung der Geschlechter und/oder der Stärkung der Frau. Politische Zwänge und Anforderungen, die in der palästinensischen Zivilgesellschaft verbreitet sind, tragen zu der Radikalisierung von Frauengruppen weiter bei und führen zu Anstiftung der Gewalt und deren Verherrlichung. Dementsprechend werden weibliche Terroristen häufig als Vorbilder gefördert.

---

<sup>47</sup> NGO Monitor (2018): The Exploitation of Palestinian Women's Rights NGOs, In: NGO Monitor, <https://www.ngo-monitor.org/reports/exploitation-palestinian-womens-rights-ngos/> (14.11.2018)

<sup>48</sup> NGO Monitor (2018): European Funding for Palestinian 'Cultural Resistance, In: NGO Monitor, <https://www.ngo-monitor.org/reports/european-funding-palestinian-cultural-resistance/> (14.11.2018)

Beispielsweise beteiligte sich das Community Action Center (CAC) der Al-Quds-Universität als Implementierungspartner an einem Projekt des Norwegischen Flüchtlingsrates (Norwegian Refugee Council; NRC), das von den Regierungen des Vereinigten Königreichs und Spaniens über 4,5 Millionen US-Dollar erhielt. Der CAC-Mitarbeiter Ilham Shaheen, ein Gemeinwesen-Mitarbeiter, tritt für extremistische Ideologien ein, die Gewalt und Terrorismus in den sozialen Medien unterstützen. Ein Bild einer jungen Frau, die ein schwarz-weiß kariertes Kopftuch und ein Sturmgewehr trägt, wurde mit dem Text versehen: „Ich liebe die Revolution. Alle schönen Mädchen, die sich anschließen, werden die edelsten sein!“<sup>49</sup>

Ein eklatanterer Missbrauch der Auslandshilfe wurde durch die Eröffnung eines von Norwegen und der UNO finanzierten Jugendzentrums deutlich. Das von der palästinensischen Frauen-NGO WATC eingeweihte Zentrum wurde nach der Terroristin Dalal Mughrabi benannt (Details siehe vorherige Diskussion). Das PNGO-Netzwerk demonstrierte das Ausmaß, in dem die Radikalisierung unter palästinensischen NGOs allgegenwärtig ist, indem es vehement die Namensgebung des Zentrums verteidigte. (PNGO ist auch einer der Verfasser des Verhaltenskodex für palästinensische NGOs und ist ein regelmäßiger Empfänger der EU Entwicklungsgelder und wird größtenteils als Vertreter der palästinensischen Zivilgesellschaft betrachtet.)

## Fazit

Die oben aufgeführten Beispiele zeigen die Überschneidung zweier dringender globaler Herausforderungen - internationale Entwicklungshilfe und Deradikalisierung. Beide Themen sind durch Kontroversen, geopolitische Sensibilität und mangelnden akademischen Konsens gekennzeichnet, und generieren leidenschaftliche Antworten. Die Kombination aus Komplexität, Meinungsvielfalt und Intensität der Debatte hat die praktischen Auswirkungen dieser Überschneidung verdeckt und die Entwicklung einer pragmatischen Politik verhindert.

Der Kontext internationaler Hilfe, insbesondere in konfliktreichen Gebieten, führt zu einer komplizierten Konstellation, in der widersprüchliche Politik, Narrative und Interessen nebeneinander bestehen. Unsere Voruntersuchungen im Bereich der Zivilgesellschaft zeigen, dass Randnarrative (fringe) und/oder radikale Narrative oft ihren Weg in den Entwicklungsdiskurs finden. Die Art und Weise, wie die Geberländer im Rahmen des arabisch-israelischen Konflikts mit der Zivilgesellschaft in Kontakt treten, ist angesichts der internationalen Aufmerksamkeit, die dieses Thema erzeugt, eine wichtige Fallstudie.

Um zu vermeiden, dass radikale Ansichten in den Kontext der Entwicklung einbezogen werden, schlagen wir vor, dass die internationale Gebergemeinschaft bei der Betrachtung von Politik und Finanzierung in diesem Bereich darauf achtet, dass sie bei der Auswahl der Kooperationspartner sämtliche Faktoren einschließlich des Radikalisierungspotenzials berücksichtigt.

---

<sup>49</sup> NGO Monitor (2018): The Exploitation of Palestinian Women's Rights NGOs, In: NGO Monitor, <https://www.ngo-monitor.org/reports/exploitation-palestinian-womens-rights-ngos/> (14.11.2018)

Wie in den theoretischen Abschnitten dieser Arbeit festgestellt, findet die Radikalisierung weder im Vakuum statt, noch ist sie auf isolierte konzeptionelle Nischen beschränkt. Die Entwicklungshilfe konzentriert sich auf Themen, die einer leidenschaftlichen Debatte unterliegen - Menschenrechte und Verteilung von Ressourcen. Unbeabsichtigte oder vorsätzliche Unterstützung eines bestimmten politischen Narrativs, ob extremistisch oder nicht, führt zu heftigen Reaktionen und befruchtet somit einen sich selbst aufrechterhaltenden Radikalisierungsprozess. Dies gilt umso mehr, als ausländische Hilfe eine Plattform für offen extremistische und entzündliche Agenden bietet, wie in den Fallstudien gezeigt.

Wie bei jeder komplexen Konfliktsituation gibt es keine offensichtliche Formel, um die verflochtene Schnittstelle zwischen Radikalisierung und Entwicklungshilfe, die von den zivilgesellschaftlichen Organisationen zusätzlich beeinflusst wird, "richtig" anzugehen. In einem ersten Schritt ist es jedoch entscheidend, die Rolle der Zivilgesellschaft zu entmystifizieren.

In Anbetracht unserer Erkenntnisse schlagen wir vor, dass eine Neubewertung und Deromantisierung der Finanzierung der Zivilgesellschaft erforderlich sind, um die Handlungsmacht dieses Sektors sowohl bei der Radikalisierung als auch bei der Deradikalisierung zu berücksichtigen. In der Praxis erfordert dies einer sorgfältigen Prüfung der gesamten Aktivitäten aller an dem Prozess beteiligten zivilgesellschaftlichen Organisationen. Darüber hinaus wird von den Finanzierungsagenturen erwartet, dass sie klare rote Linien bei der Auswahl der Begünstigten einführen und diese umsetzen, was Anstachelung, Antisemitismus und andere Formen der Bigotterie und die Verherrlichung von Gewalt verbietet würde. Die Festlegung derartiger roter Linien zusammen mit der Auswahl und Implementierung anwendbarer Kriterien ist politisch prekär und logistisch schwierig, es ist jedoch zwingend erforderlich das Problem anzugehen.

Aus einer positiveren Perspektive wäre Entwicklungshilfe in konfliktreichen Gebieten und insbesondere bei friedensfördernden Programmen am Besten auf die Auseinandersetzung mit konfliktreichen Narrativen ausgerichtet. Dies erfordert jedoch auch eine gründliche Überlegung, die über hoffnungsvolle Idealisierungen hinausgehen.

Letztendlich erfordert die Bereitstellung von Entwicklungshilfe, an der zivilgesellschaftliche Organisationen beteiligt sind, insbesondere im Kontext eines langanhaltenden ethno-nationalen und religiösen Konflikts, das Navigieren durch ein sehr unbeständiges Terrain, das den Radikalisierungsprozess beeinflussen oder sogar entschärfen kann.